

Für Gysin ein Pfusch – für Fetz ein echter Zustupf

Ständerätin Anita Fetz und Nationalrat Hans-Rudolf Gysin streiten über die Kinderzulagen



Nicht ganz uneinig. Anita Fetz und Hans-Rudolf Gysin bedauern, dass die Selbstständigerwerbenden bei den Kinderzulagen nicht berücksichtigt wurden. Foto Henry Muchenberger

INTERVIEW: MICHAEL HEIM

baz: Frau Fetz, Herr Gysin, wie viel Kinderzulagen bekommen Sie?

FETZ: Keine, weil ich keine Kinder habe. Aber ich bezahle sie für meine Angestellten.

GYSIN: Ich bekomme auch keine. Wenn ich Kinder hätte, für die ich Anspruch hätte, bekäme ich im Baselbiet gleich viel, wie das Bundesgesetz vorschreibt – nämlich 200 Franken. Ich brauche kein Bundesgesetz.

Das Bundesgesetz ändert wenig für Sie. Wieso bekämpfen Sie es?

GYSIN: Ich war von Anfang an gegen ein Gesetz, das die Höhe der Zulagen durch den Bund vorschreibt. Ich hätte Verständnis gehabt für ein Rahmengesetz, das regelt, wer Anspruch auf Zulagen hat.

Was wird denn schlechter im Baselbiet?

GYSIN: Dass der Bundesrat die Zulagen festlegt und die Kantone nur noch nachvollziehen können.

Frau Fetz, Herr Gysin beklagt den Verlust an Kantonsautonomie. Weshalb brauchen wir eine einheitliche Regulierung?

FETZ: Wir leben in einer mobilen Gesellschaft. Wenn jemand in Baselland wohnt und in Basel-Stadt arbeitet, dann bekommt er die Stadtbasler Zulage und damit vielleicht weniger als sein Nachbar, der im Kanton Baselland arbeitet. Ein solches Zulagen-Wirrwarr ist überholt.

Es gibt Kantone, die tiefere Zulagen in anderen Bereichen ausgleichen. Zum Beispiel mit guten Tagesschulen.

FETZ: Die Zulagen sind Teil einer modernen Familienpolitik. Man kann nicht das eine gegen das andere ausspielen. Ich verstehe nicht, dass Herr Gysin zurückhaltend ist, denn das Baselbieter Modell ist quasi der Standard des Bundesgesetzes. Ich sehe nicht ein, warum Basel-Stadt oder Solothurn nicht auch diese Minimalstandards haben sollen.

Sie haben die beiden Basel angesprochen. Diese gleichen sich doch auch ohne Bundesgesetz an.

FETZ: Es wurde angekündigt, per nächstes Jahr die Systeme anzugleichen. Auch das Baselbiet würde davon profitieren. Zum Beispiel beim Teuerungsausgleich, den es heute nicht hat, oder bei der Höhe der Ausbildungszulagen. Ausserdem bekommen im Baselbiet auch die selbstständig Erwerbenden Familienzulagen.

Die fehlen in der Bundesvorlage.

FETZ: Genau. Weil Ihre Kollegen vom Gewerbeverband dagegen lobbyiert haben. Mir ist nicht klar, weshalb.

Ja warum, Herr Gysin?

GYSIN: Ich war für die Integration der selbstständig Erwerbenden. Es ist schade, dass das im Parlament nicht durchkam.

Wer hat sich denn da durchgesetzt?

FETZ: Es war die bürgerliche Mehrheit im Ständerat. Für mich ist klar: Wenn das Gesetz angenommen wird, muss man nachbessern.



familienzulagen

Abstimmung von 26. November 2006

Durch den Ausbau steigen die Arbeitgeberbeiträge im Schnitt von 1,52 auf 1,7 Lohnprozente. Ist das so viel?

GYSIN: Die Nebenkosten müssen in einem vernünftigen Verhältnis zum Lohn bleiben. Im Kanton Aargau werden die Zulagen um 50 Prozent ansteigen. Das wird voll durch die Arbeitgeber bezahlt. Ich weiss nicht, ob es da nicht zu Retorsionsmassnahmen kommt. Es könnten andere wichtige familienpolitische Anliegen in Zukunft zu kurz kommen.

FETZ: Man sollte hier nicht auf Panik machen. Wir reden vom Promille-Bereich. Es geht darum, das Prinzip «ein Kind, eine Zulage» durchzusetzen.

GYSIN: Das ist nicht so.

FETZ: Doch!

GYSIN: Nein!

FETZ: Doch. Wir haben heute etwa 250 000 Kinder in der Schweiz, die keine – oder nur eine halbe – Zulage bekommen. Viele Familienausgleichskassen entrichten für Teilzeitarbeit keine volle Zulage. In einer modernen Gesellschaft ist das nicht mehr zeitgemäss.

Herr Gysin, Sie haben laut Nein gerufen.

GYSIN: Frau Fetz hat unrecht. Das Prinzip «Ein Kind, eine Zulage» ist eben gerade nicht umgesetzt.

FETZ: Ja, die Selbstständigen fehlen leider.

GYSIN: Und das sind viele. Noch etwas hat man leider vertan. Im Gegensatz zum ganzen übrigen Europa besteuert die Schweiz die Kinderzulagen. So gehen von den bald fünf Milliarden Franken zehn bis zwanzig Prozent direkt an den Fiskus. Das ist doch Unsinn.

Ist die Besteuerung das letzte bisschen Einkommensabhängigkeit?

FETZ: Ja. Die Zulagen sind vor allem für die unteren und mittleren Einkommen ein echter Zustupf. Oben hinaus dagegen werden die Zulagen praktisch wieder weggesteuert. Damit ist die soziale Balance gewährleistet.

GYSIN: Das ist doch das falsche System, um sozialen Ausgleich zu schaffen. Echte Familienpolitik macht man über die Steuerpolitik. Dazu kommt, dass man in der eidgenössischen Vorlage etwas vergessen hat, was wir im Baselbiet haben: den Lastenausgleich.

Was heisst das?

GYSIN: Es gibt Branchen, die von den Familienzulagen stärker betroffen sind als andere, weil es in ihnen mehr anspruchsberechtigte Eltern gibt. Im Baselbiet spielt das keine Rolle, weil das zwischen den einzelnen Kassen ausgeglichen wird. Diese Chance hat man im schweizerischen Gesetz verpasst.

Hätte man das reinnehmen müssen?

FETZ: Man hätte selbstverständlich noch mehr berücksichtigen können. Das war aber auf Ihrer Seite, Herr Gysin, nicht mehrheitsfähig. Die Linke wäre dafür gewesen. Jetzt müssen der Gewerbeverband und die Economie-suisse da halt eine vernünftige Lösung vorschlagen. Dann stimme ich dem sofort zu.

«Sie könnten sich doch sagen: Was im Baselbiet gut ist, tut der ganzen Schweiz gut.»

Anita Fetz

Warum machen Sie das nicht, Herr Gysin?

GYSIN: Im Baselbiet haben wir es gemacht. Auch die Wirtschaftskammer, die ich vertrete, ist voll hinter der Lösung gestanden. Auf Bundesebene war es nicht mehrheitsfähig. Man hätte wohl am besten gleich eine eigene Bundeseinrichtung bei der AHV geschaffen, analog der IV oder EO.

FETZ: Aber Herr Gysin, jetzt einfach mal halt! Ich helfe gerne mitbauen an dieser neuen Super-Familienausgleichskasse. Die Realitäten aber sind, dass die SVP, die FDP und Teile der CVP da nicht mitgemacht haben.

Zurück zu den Retorsionsmassnahmen, die Herr Gysin angesprochen hat. Droht in jenen Kantonen, die die Kinderzulagen ausbauen müssen, ein Abbau in anderen Bereichen?

FETZ: Das glaube ich nicht. Der Staat spart unter dem Strich, weil er weniger Prämienverbilligungen und Sozialhilfe ausrichten muss.

GYSIN: Das Gegenteil stimmt. Es wird sicher Kantone geben, die ihre übrige Familiengesetzgebung nicht weiter ausbauen werden.

Es wurde auch gesagt, die Kinderzulage sei auch eine Belohnung fürs Kinderkriegen.

FETZ: Nein. Wegen den Kinderzulagen gibt es sicher nicht mehr Kinder. Niemand vergleicht zuerst die Leistungen der verschiedenen Kantone, bevor er Lust auf ein Kind bekommt.

GYSIN: Da bin ich jetzt mal mit Frau Fetz gleicher Meinung. Wenn man mehr Kinder wollte, müsste man mit Geburtszulagen arbeiten, die diesen Namen auch verdienen.

Geht es denn letztendlich einfach um die Unterstützung armer Familien?

FETZ: Dort und bei den mittleren Einkommen bringt es sicher am meisten. Es geht aber auch um die Anerkennung der Erziehung der gesellschaftlichen Leistungen der Familien. Von netten Worten alleine haben sie nichts.

Herr Gysin, Sie schütteln den Kopf.

GYSIN: Das ist doch einfach ein weiteres Steuerabschöpfungsprodukt. Ich bin nicht gegen das Gesetz, weil ich gegen Familienpolitik bin. Ich war im Baselbiet vorne dabei bei der Ausgestaltung des Familienzulagegesetzes. Lehnen wir das Bundesgesetz doch einfach ab und motivieren wir die anderen Kantone, Lösungen analog dem Baselbiet umzusetzen. Frau Fetz hat noch etwas verschwiegen.

Das wäre?

GYSIN: Dass man ausgerechnet im schweizerischen Gesetz etwas einführt, was wir im Baselbiet nicht haben. Nämlich, dass man mit Steuergeldern auch Nichterwerbstätige finanzieren soll, die Kinder haben. Es gibt solche, die das ganz sicher nicht nötig haben.

Und die anderen?

GYSIN: Ein grosser Teil der Nichterwerbstätigen kann das Geld sicher gut gebrauchen. Doch die befinden sich alle in einem sozialen Auffangnetz. Und das passiert dann Folgendes: Die Kinderzulagen werden ausgezahlt. Dann kommt die Sozialbehörde und rechnet dem Betroffenen diese Zulagen einfach bei der Sozialhilfe an.

Sollte man diesen Leuten besser direkt über die Sozialhilfe helfen?

FETZ: Nein. Da bin ich kategorisch dagegen. Eltern sollen nicht zum Sozialfall werden. Ich finde nicht, dass wir ein Almosensystem fördern müssen.

GYSIN: Die Kinderzulagen für Nichterwerbstätige sind doch ein Affront gegenüber den selbstständig Erwerbenden, die keine Zulagen bekommen. Das Gesetz ist eine Mogelpackung und täuscht vor, man würde für die ganze Schweiz ein gutes Zulagegesetz machen. Dabei pfuscht der Bund lediglich den Kantonen ins Handwerk. Dieses Gesetz ist kantonsfeindlich.

FETZ: Das stimmt doch einfach nicht!

GYSIN: Natürlich ist es kantonsfeindlich.

FETZ: Nein. Jeder Kanton kann weiterhin machen, was er will. Ausser: Er darf nicht unter 200 Franken für Kinder und 250 Franken für jugendliche in Ausbildung gehen.

Das bedeutet aber, dass die meisten Kantone ihre Sätze anheben müssen.

FETZ: Ja. Etwa die Hälfte muss erhöhen. Es ist alles in allem eine faire Vorlage. Mich freut auch, dass die Rentnerorganisationen das Gesetz unterstützen. Die Kinderzulagen sind ein Teil des Generationsvertrags.

Stichwort Unterstützung: 69 Prozent der Schweizer äusserten sich jüngst in einer Umfrage für das Gesetz. Ist der Abstimmungskampf nicht schon gelaufen?

GYSIN: Ich halte nichts von Umfragen. Der Abstimmungskampf ist noch lange nicht verloren.

FETZ: Am Schluss ist entscheidend, wer wirklich an die Urne geht. Und das wird von den Umfragen nie berücksichtigt.

Selbst Bürgerliche wie Peter Malama vom Gewerbeverband Basel-Stadt sind für das Gesetz.

GYSIN: Ich habe mit ihm an der Berufsschau geredet und habe gemerkt, dass er gar nicht mehr so hundertprozentig dieser Meinung ist. Aber da müssen Sie ihn selber fragen.

«Man tut mit dieser Familienzulagen-Vorlage doch nichts für die Familien.»

Hans Rudolf Gysin

Oder Andreas Albrecht, der für die LDP gegen Frau Fetz in den Wahlkampf ziehen wird. Er sagte uns, er sei dafür.

FETZ: Die baz hatte anscheinend Mühe, für dieses Streitgespräch überhaupt einen Gegner zu finden...

GYSIN: Ich will den Baslern ja nicht zu nahe treten. Sie kommen halt aus einem Kanton, der es bisher verpasst hat, ein familienfreundliches und KMU-verträgliches Familienzulage-Gesetz zu schaffen.

Gibt es nicht einfach auch Bürgerliche, die sich im Wahlkampf am Thema «Familie» die Finger nicht verbrennen wollen?

GYSIN: Man tut mit dieser Vorlage doch nichts für die Familien.

FETZ: Aber natürlich tut man das.

GYSIN: Es gibt bessere Massnahmen für die Familien. Im Baselbiet gibt es neu einen direkten Kinderabzug vom Steuerbetrag. Das ist für mich ein Zeichen für eine eigenständige kantonale Familienpolitik. Und weil das mit diesem schweizerischen Gesetz verhindert wird, müssen wir es ablehnen.

FETZ: Ach, das eine schliesst in einer guten Familienpolitik das andere doch nicht aus!

GYSIN: Nur weil ich gegen diesen Bundeseinheitsbrei bin, heisst das doch noch lange nicht, dass ich gegen eine gute Familienpolitik bin.

FETZ: Sie haben im Baselbiet unbestrittener Massen einige gute Dinge. Aber warum gönnen Sie es denn den anderen nicht? Sie könnten doch den Ansatz haben: Was im Baselbiet gut ist, tut der ganzen Schweiz gut.

Zum Thema Kinderzulagen findet heute im **BaZ CityForum**, Aeschenvorstadt 7, um 19 Uhr ein Podiumsgespräch statt. Die Klingen kreuzen Kathrin Amacker, Präsidentin der CVP Baselland, Hans Furer vom Angestelltenverband als Befürworter sowie Barbara Gutzwiller, Direktorin des Basler Volkswirtschaftsbundes und SVP-Grossrat Andreas Ungricht als Gegner.